

## Der 100-Tage-Test

Am 8. Februar 2004 war der Premierminister hundert Tage im Amt. Diesen Abschnitt nutzten Medien, Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Regierung und Opposition zu ersten öffentlichen Einschätzungen.

In den ersten hundert Tagen nahm Badawi bereits viel in Angriff, was auf neue Richtungen schließen lässt – eine Antwort auf die Menschenrechtsfrage nicht zuletzt um die Inhaftierung seines Vorgängers im Amt des Vize-Premiers Anwar Ibrahim blieb er bislang jedoch schuldig.

Vor seinem Amtsantritt galt Badawi als vergleichsweise unscheinbarer »Mr. Nice Guy« ohne charakteristisches politisches Profil — vielleicht ein geschickter Zug angesichts des delikaten Amtes unter Mahathir, wie jetzt spekuliert wird. Er selbst bezeichnete sich als »glücklich« hinsichtlich der Fortschritte der ersten hundert Tage.

Badawi scheint auch die alte Rivalität zum benachbarten Stadtstaat Singapur aufgeben zu haben, die noch sein Amtsvorgänger Mohammad Mahathir mit regelmäßigen Anspielungen und Neckereien sorgfältig gepflegt und genährt hatte.

Nach einem wohlgemeinten wie unspektakulären Besuch Badawis bei Singapurs Premierminister Goh Chok Tong

im Januar lies dessen Gegenbesuch nicht lange auf sich warten. Einen Tag nach dem chinesischen Neujahr spielten die beiden Staatsoberhäupter bereits Golf miteinander.

Ein weiteres Thema, das Badawi sich auf die Fahnen geschrieben hat, ist die Bekämpfung der Korruption im Lande. Erste Fortschritte erzielte er zunächst bei »kleinen Fischen« (»ikan bilis«) im Polizeiwesen.

Ein Kurswechsel ist auch in der Politik ethnischer Integration zu beobachten – so lässt er chinesischen, indischen und indigenen Minderheiten große Aufmerksamkeit zukommen und signalisiert wiederholt, dass Malaysia nicht nur das Land der ethnischen Malaien ist. Er machte öffentlich, dass einer seiner Großeltern chinesisch war und bezeichnete sich damit als »zu einem Viertel chinesisch – wie Malaysia selbst.«

Ebenfalls neue Aufmerksamkeit erhalten ländliche Entwicklungsprojekte, der Einzelhandel und die Landwirtschaft. Terence Gomez, einer der führenden Wirtschaftsexperten Malaysias bezeichnete das Vorgehen als »Weg, Unterstützung in der Wählerschaft zu gewinnen und gleichzeitig wichtige ökonomische Defizite anzugehen.«

Und die Bevölkerung dankt es ihm mit wachsendem Zuspruch. Den wird er auch

brauchen, denn bislang wurde er zum Nachfolger Mahathirs lediglich ernannt, noch nicht gewählt.

Die Ausrufung der Wahlen wird in den nächsten Wochen erwartet, der Wahlkampf ist in vollem Gange. Nach Einschätzung des BBC-Reporters Jonathan Kent wird sich vor den Wahlen auch nichts an den Verhältnissen ändern, an denen er von der internationalen Gemeinschaft, NGOs und Menschenrechtsorganisation gemessen werden wird:

Die Inhaftierung Anwar Ibrahims wegen Korruption und Unzucht, die vielfach als politisch motivierte Tat Mahathirs interpretiert wird und das Gesetz zur Inneren Sicherheit (Internal Security Act – ISA), das das Festhalten Gefangener ohne Gerichtsbeschluss ermöglicht.

»Wenn Badawi die Korruptionsbekämpfung ernst meint, soll er weitermachen und sich um diejenigen kümmern, von denen Malaysias vorangegangener Chef-Verfolger sagte, sie müssten verurteilt werden.« erklärte Herr R. Sivarasa, Oppositions-Politiker und Chef der malayischen Menschenrechtsorganisation Suaram. Und er fügte hinzu: »Dann werden wir entscheiden.«

vgl. BBC: 31.10.2003, 7.2.2004;  
malaysiakini: 17.-31.1.; 1-13.2.2004;

## Oppositionelle wechseln zur Regierungspartei

Am 11.2.2004 büßte die oppositionelle Partei Keadilan (Parti Keadilan Rakyat) zwölf ihrer führenden Mitglieder ein, als diese öffentlich ihren Übertritt in die Regierungspartei United Malays National Organisation (UMNO) beantragten.

Anführer der Abtrünnigen war Ruslan Kassim, Keadilans früherer Informations-Chef und zuletzt Vorsitzender der Partei im Staat Negeri Sembilan. Der Schritt sei seit längerer Zeit geplant gewesen, sie hätten lediglich auf die richtige Situation zur richtigen Zeit gewartet: »Jetzt wo die Regierung des Landes gewechselt hat und ein

tragbares politisches Klima herrscht, mit den richtigen politischen Zielen, fühlen wir, das es an der Zeit ist.« sagte er und betonte gleich darauf, sie änderten lediglich die Methoden zur Verfolgung ihrer Ziele, Prinzipien und Überzeugungen bleiben die gleichen.

Noch am gleichen Tag wurde im oppositionell eingestellten online-Medium malaysiakini ein Vorsitzender der Keadilan-Jugendpartei ohne Namensnennung zitiert, der die Behauptung aufstellte, UMNO hätte versucht, ihn mit 500.000 Ringgit (102.667 Euro) zu »kaufen«.

Die Abtrünnigen dagegen begründeten ihre Entscheidung damit, dass sie die derzeitigen Bemühungen der Regierung, Malaysias Bevölkerungsgruppen zu vereinen, unterstützenswert fänden. Ruslan: »Jetzt ist die Zeit, gemeinsam zu handeln und die Zeit, Anschuldigungen und Verhandlungen zu beenden. Wir sollten keine Zeit verlieren mit Trivialitäten und reiner Rhetorik.«

vgl.: The Star: 12., 13.2.2004;  
malaysiakini: 10., 11.2.2004;

# nachrichten

## Mutmaßlichen Überläufer entlassen

Der Sekretär der Jugendpartei Keadilans Lokman Noor Adam wurde am 26.1.2004 vom Vorsitzenden der Jugendpartei Mohd Ezam Mohd Nor aus seinem Amt entlassen. Gründe für den Rausschmiss waren Gerüchte, Lokman wäre zur Regierungspartei *United Malays National Organisation* (UMNO) übergelaufen und hätte auch andere Oppositionelle zu diesem Schritt überredet. Der einst unter dem *Internal Security Act* (ISA) inhaftierte Lokman bestritt die Vorwürfe.

Die Beweise überzeugten jedoch auch die Keadilan-Jugend-Versammlung, die Ezams Entscheidung am 28.1.2004 bestätigte. Noch am selben Tag machte Lokman Andeutungen über veruntreute Parteigelder innerhalb Keadilans, die er allerdings am 5.2.2004 wieder zurückzog. Der stellvertretende Vorsitzende Keadilans Tian Chua erklärte, die Angelegenheit sei eine Sache des Jugend-Flügels der Partei, in die er sich nicht einmischen werde: »Was uns [Keadilan] betrifft, wir kämpfen für eine Sache. Wer da nicht hineinpasst, wird auch keinen Platz finden.« Keadilan-Politiker Saifuddin Nasution Ismail, über den auch Übertrittsgerüchte kursierten, zeigte sich angesichts der Vorwürfe eher amüsiert: »UMNO ist nicht mehr zu retten. Die Fragestellung meines Wechsels zu UMNO stellt sich überhaupt nicht.«

vgl.: malaysiakini: 26., 27., 28., 30.1.2004; 5.2.2004;

[www.time.net.my/](http://www.time.net.my/)

# nachrichten

## Atomtechnik: Sohn Badawis unter Verdacht

Der Sohn des neuen Premierministers Kamaluddin Abdullah geriet unter Verdacht, Verbindungen zu Libyens Atom-Programm zu unterhalten. Britische und amerikanische Geheimdienste informierten Malaysias Regierung über Teile einer zur Herstellung radioaktivem Materials geeigneten Zentrifuge aus malaysischer Produktion auf einem libyschen Schiff. Kamaluddin Abdullah hält die Mehrheit an der Firma Sconi, deren Schriftzug auf den Holzkisten mit dem prekären Inhalt steht.

Premierminister Badawi wies die Polizei an »ohne Angst und Bevorzugung« zu ermitteln. Malaysias Polizei-Chef Mohammad Bakri Omar stellte im Zuge der Ermittlungen fest, dass »keine einzige malaysische Firma in der Lage ist, eine komplette derartige Zentrifuge zu bauen, da dieses Unternehmen Expertise auf dem Gebiet der Atomindustrie voraussetzt.«

Sconi berief sich auf Verträge mit BSA Tahir, einem Geschäftsmann aus Sri Lanka, gegen den derzeit die malaysische Polizei ermittelt. Tahir habe ihnen als Mittelsmann nichts über das End-Produkt mitgeteilt. Auch eine deutsche Firma, die mit Sconi zusammenarbeitet musste sich rechtfertigen und bestritt jede Kenntnis über eine Verbindung zu einem Atom-Programm in Libyen.

vgl.: [www.channelnewsasia.com/malaysiakini](http://www.channelnewsasia.com/malaysiakini): 20.1.; 4.-16.2.2004;  
BBC: 5.2.2004; ABC Radio Australia: 5.2.2004;

## Konferenz zur Artenvielfalt

Vom 9. bis zum 20. Februar 2004 tagte die siebte Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity) in Kuala Lumpur. Die Konvention wurde auf dem UN-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro beschlossen. 188 Staaten und die Europäische Gemeinschaft unterzeichneten das völkerrechtlich verbindliche Abkommen zum Schutz der Artenvielfalt.

Derzeit sterben weltweit täglich bis zu 150 Arten aus. Das international vereinbarte Ziel der Konvention ist es, die derzeitige Geschwindigkeit des Artensterbens bis zum Jahre 2010 zu reduzieren. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wurden folgende sechs thematische Programme ins Leben gerufen: Artenvielfalt in Meeren und an Küstengebieten, landwirtschaftliche Vielfalt, Artenvielfalt in Wäldern, Binnengewässern, trockenem Binnenland und alpine Artenvielfalt. Parallel dazu wurden eine Reihe geographisch und thematisch übergeordneter Fragestellungen diskutiert, wie zum Beispiel rechtliche Ansprüche der Ursprungsländer bei der Nutzung genetischer Ressourcen durch Forschung und Industrie.

Finanziert werden die Umsetzungen der Beschlüsse mit Mitteln der von UNO und Welt-

bank verwalteten Umweltfazilität (GEF), in die die Rio-Vertragsstaaten einzahlen. Aus diesem Topf werden Projekte finanziert, wie das geplante globale Ökosystem-Gutachten (Millenium Ecosystem Assessment), das die größte interdisziplinäre Studie über die Verbindung zwischen Ökosystemen und Befindlichkeiten der Menschen werden könnte. Auch die Einrichtung von Schutzgebieten ist geplant — bisher ist etwa nur ein halbes Prozent der vielfältigen maritimen Lebensräume geschützt, die etwa 70 Prozent der Erde umfassen.

Für Greenpeace stellten sich auf dem Kongress in Kuala Lumpur unter anderem folgende Streitfragen:

Wird tatsächlich ein international abgestimmtes Netzwerk von Schutzgebieten rund um den Erdball verbindlich beschlossen?

Wie werden die finanziellen Zuschüsse innerhalb der GEF festgesetzt, das heißt sind Industrienationen bereit, Geld für Schutzgebiete in Entwicklungsländern zu zahlen? Und wird man sich auf einen konkreten Zeitplan für die Errichtung der Schutzgebiete einigen können?

vgl.: [www.biodiv.org](http://www.biodiv.org);  
[www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org);  
Environmental News Network (ENN): 5.2.2004; *malaysiakini*: 4., 9.2.2004;

## Anwar: Aufruhr im Gerichtssaal

Anwar Ibrahim, Malaysias seit 1998 inhaftierter Ex-Vize-Premierminister, musste am 21.2.2004 erneut vor Gericht erscheinen. Entschieden wurde an dem Tag, dem zahlreiche genehmigte und ungenehmigte Demonstrationen seiner Fürsprecher vorangegangen waren, über eine beantragte Entlassung auf Kautions und Neuverhandlung der Anklage wegen Unzucht.

Als die Ablehnung der Kautions verkündet wurde, verlor Anwar die Beherrschung und schrie die Richter an, sie hätten kein Rückrat und würden die Justiz missbrauchen, indem sie sich von der Exekutiven erpres-

sen ließen. Premierminister Badawi verteidigte die Rechtsprechung und erklärte, die Mehrheit der Bürger glaube an die Justiz — eine Behauptung, die Anwar als »beleidigend« bezeichnete. Der stark bewachte Polizeiwagen, der ihn zurück in seine Zelle brachte, wurde von aufgebracht Anhängern Anwars begleitet. Mittlerweile forderte Anwar eine unabhängige polizeiliche Überprüfung der Richter. International wurde die Ablehnung der Kautions scharf kritisiert. Menschenrechtsorganisationen fordern seit langem seine Freilassung.

vgl.: *malaysiakini*: 16.-31.1.; 3., 6., 13., 16.2.2004;

## Parlament aufgelöst

Donnerstag, den 4. März 2004, wurde das Parlament aufgelöst, um die 11. allgemeinen Wahlen bereits am 21. März 2004 zu ermöglichen. Die Nominierung der Kandidaten der Parteien muss bis zum 13. März 2004 abgeschlossen sein. Die Zeit von acht Tagen für die politischen Wahlkampagnen ist die kürzeste Dauer in der malaysischen Geschichte. Premierminister Abdullah Ahmad Badawi hat bestätigt, dass seine Majestät Yang Di-Pertuan Agong der Auflösung des 10. Parlaments in Übereinstimmung mit Artikel 55 der Bundesverfassung zugestimmt hat.

Außer in Sarawak sollen auch alle Regionalparlamente an diesem Tag aufgelöst werden. Ursprünglich waren die Parlamentswahlen erst für November 2004 vorgesehen, da das 9. Parlament am 11. November 1999 aufgelöst worden ist.

Die Regierung hat 74 Millionen Ringgit (15,41 Millionen Euro) für den Polizeieinsatz bei den Wahlen zur Verfügung gestellt. Rund 50.000 Polizeikräfte, darunter werden auch Armeeeinheiten und Freiwilligen Corps zum Einsatz kommen.

vgl.: *Xinhua Online*  
Nachrichtenagentur 3.3.2004;  
China Internet Information Center

## Rationen für Soldaten erhöht

Essen ist in Malaysia eine Art Obsession. Dass der malaysische Verteidigungsminister Najib Tun Razak verkündete, bei den Truppen gebe es jetzt regulär sechs Mahlzeiten am Tag, überraschte aber doch. Die Mahlzeiten entsprächen natürlich islamischen Speisevorschriften, beinhalteten aber ansonsten neben malaysischer Küche auch thailändische, chinesische und indische Gerichte. Wie viel Zeit zwischen den Mahlzeiten bleibt, hat der Verteidigungsminister nicht verraten. Aber schließlich wusste auch schon Napoleon, dass eine Armee »mit den Mägen marschiert«. Guten Appetit!

vgl.: BBC: 13.11.2003